



Veranstaltungsreihe 2009/10 der NHG Ortsgruppe Bern zum Thema „Aufbruch“

Starke Gegensätze beherrschen die politischen Diskussionen in der Schweiz, wichtige Reformen sind blockiert. Wie schaffen wir den Ausbruch, oder gar einen Aufbruch? Aufbauend auf unserer letztjährigen Veranstaltungsreihe zum „Wertewandel“ haben wir auch für den kommenden Winter vier spannende Debatten vorbereitet und freuen uns über das reichhaltige Programm, das wir Ihnen bieten können. Es ist immer wieder beeindruckend, wie hervorragende Persönlichkeiten aus Bern und der Schweiz uns an grosse Themen heranführen.

Wir starten den Zyklus mit einem Abend über die umstrittene Aufgabensuche unserer **Landesverteidigung**. Im Januar wenden wir uns der reaktivierten **Europadebatte** zu, diesmal aber **unter dem Aspekt der emotionalen Betroffenheit**. Nach dem immer aktuellen Thema der **Raumplanung** im Februar stellen wir zum Schluss im März eine **Grundfrage der Politik**, die Frage nämlich, wie die Rahmenbedingungen zu setzen sind, damit die Menschen eine Chance haben, **ihr Glück zu finden**. In den folgenden Zusammenfassungen finden Sie einen Überblick über die Einführungsreferate und die Schwerpunkte der Podiumsdiskussionen.

Sie finden die Beiträge auf folgenden Seiten:

1. Welche + wie viel Armee	S. 1
2. Das Emotionale in der Politik	S. 5
3. Landschaftsplanung – Stadtland Schweiz	S. 8
4. Macht uns die Krise unglücklich?	S. 11

1. Welche + wie viel Armee braucht die Schweiz?

Nicht erst seit der Wahl des neuen VBS-Chefs wird die Debatte über die Ausrichtung und Ausstattung der Armee mit neu aufgeflammter Intensität geführt. Seit dem Fall „der Mauer“ ist der Schweiz das langjährige Feindbild verloren gegangen. Zudem schaffen demografische Veränderungen und Sparrunden neue Grundlagen. Was gilt für die Zukunft, welche Aufgaben soll die Armee übernehmen, wer wagt eine Definition?

Einführungsreferat von Dr. Hans-Ulrich Ernst, ehemaliger langjähriger Generalsekretär des EMD

„Die Schweiz hat keine Armee – sie ist eine Armee“

So stand es in der Botschaft des Bundesrates vom 25. Mai 1988 zur Armeeabschaffungs-Initiative. Für die einen war es ein Beweis der fortschreitenden Militarisierung aller Lebensbereiche unter dem Siegel der Totalen Landesverteidigung. Für die andern war es eine Trumpfkarte im Dissuasionspoker. In den 80-er Jahren war der Konsens zur Landesverteidigung in der Schweiz längst zerbrochen. Der Widerstand der 68-er Generation entzündete sich am ominösen Zivilverteidigungsbüchlein von 1969. Die Zahl der Dienstverweigerer war von Null auf 800 pro Jahr gestiegen. Bei der Abstimmung über die Abschaffung der Armee, drei Wochen nach dem Mauerfall, legten zwei von drei Männern der Auszugsgeneration ein Ja in die Urne! Vier von fünf Ja wollten aber nicht die Armee abschaffen, sondern forderten Reformen.

Im Mai 1989, sechs Monate vor dem Mauerfall, hat der Bundesrat die Leitlinien für die Armee reform 95 festgelegt. Eine Bestandesreduktion von 600'000 auf 400'000 und der Verzicht auf Heeresklassen waren die Hauptpunkte. Die Armee reform 95 war also nicht die Antwort auf die politische Wende in Europa, sondern der erste Schritt zur Rationalisierung für ein Massenheer, das nahtlos aus dem Weltkrieg in den Kalten Krieg überführt und in helvetischer Überversicherungs-Mentalität stetig ausgebaut worden war.

Die Armee reform XXI von 2004 begann mit einer breit angelegten Debatte zur Sicherheitspolitik und legte erst nachher im Armeeleitbild die heeresorganisatorischen Konsequenzen fest. Unglücklich ist, dass die parteipolitische Zerstrittenheit zwischen links und rechts die integrale Umsetzung des Leitbildes verhinderte.

Die SP hält die Armee noch immer für zu gross und glaubt die Lösung in der Abschaffung der Wehrpflicht zu finden. Die SVP verharrt im Alleingang, will nichts von internationaler Kooperation wissen und pflegt eine rückwärts gerichtete Reduitnostalgie.

Leider schwenkten die Mitteparteien nach rechts und verwässerten den „Militärdienst am Stück“ (Durchdiener) bis zur Unkenntlichkeit. **Der Schweizer Armee ist die Anpassung an die weltpolitische Wende der Neunzigerjahre noch immer nicht geglückt.** Sie ist inzwischen 20 Jahre im Rückstand gegenüber allen andern Armeen vergleichbarer Staaten. Der Reformbedarf für die Schweizerarmee, die in absoluten Zahlen einmal die grösste Streitmacht Europas war, ist eben ungleich grösser als anderswo.

Die Armee ist viel zu gross und trotzdem ist ihre Bereitschaft ungenügend

Es gibt zu viele Verbände der zu grossen Armee, die nichts Sinnvolles zu tun haben, sei es weil frühere Risiken weggefallen sind, sei es dass unser Wehrsystem nicht in der Lage ist, soviel Personal aufzubieten, wie man für die Aufgabenerfüllung eigentlich brauchte. Ein Beispiel für eine Aufgabe, die nur noch professionell und nicht mehr milizmässig erfüllt werden kann, ist das Abhören des elektronischen Verkehrs im Ausland. Das wird rund um die Uhr mit zivilem VBS-Personal besorgt. Wozu braucht es dann noch sieben EKF-Abteilungen der Miliz? Und es gibt noch immer überdimensionierte Waffenarsenale: Die Schweiz besass einmal mit 561 Panzerhaubitzen, die weltweit zweitgrösste Flotte! Heute gibt es mit 224 immer noch viel zu viele. Die Problematik von Kollateralschäden im überbauten Gebiet hat der Gaza-Feldzug Israels deutlich gemacht. Schliesslich gibt es noch Verbände, die zur Rechtfertigung früherer Investitionen bestehen bleiben. So die sechs Spitalbataillone, die sechs Armeespitäler mit zusammen 3000 Patientenbetten betrieben, in einem Land, das bekanntlich unter zuviel Spitalbetten leidet.

Trotz aufgeblähten Beständen ist andererseits die Bereitschaft für Katastrophenhilfe nicht gewährleistet. Nicht immer stehen geeignete WK-Truppen für eine Hilfeleistung zur Verfügung. Als beim Bergsturz in Randa mangels verfügbarer WK-Truppen nach zwei Tagen ad-hoc Freiwillige eintrafen, war das gewiss ein eindrückliches Beispiel des Milizgeistes. Ein strukturierter und ausgebildeter Durchdienerverband mit Zeitkader – auch das ist Miliz – wäre aber als eingespieltes Team sofort verfügbar und ungleich effizienter gewesen.

Risikobeurteilung

Bei der Risikobeurteilung dominiert bei uns die rein militärische Methode, wonach nur Potentiale, nicht aber Absichten interpretiert werden. Das ist das bekannte Erbsenzählen von Geheimdiensten. Es **führt zu einem exzessiven worst-case-Denken**, wonach alles, was auf diesem Planeten jemals geschehen ist oder noch geschehen könnte, direkt mit der Sicherheit der Schweiz verknüpft wird. Dass Trinkwassermangel als Begründung für neue Kampfjets dienen soll, ist ein aktuelles Beispiel. Risiken lassen sich nicht abstrakt beurteilen, sondern müssen in plausible Szenarien eingekleidet werden: Wer – was – wann – wo – warum? Militärische Gewaltanwendung gegen die Schweiz könnte nur von unseren Nachbarstaaten ausgehen. Die Schweiz ist jedoch von EU- und NATO-Staaten umgeben. 500 Jahre traditionelle Schweizergeschichte, von Marignano bis zum Ende des kalten Kriegs sind bezüglich Kriegsrisiken definitiv vorbei.

Selbstmordattentate oder Erpressung mit Geiselnahme geschehen in einem friedlichen Land nicht ohne Anzeichen. Auch im asymmetrischen Krieg werden Ziele verfolgt. Gegen den ersten terroristischen Akt war weder in New York noch in Madrid oder London eine Verhinderung möglich. Aber es hat auch kein solches Ereignis die betroffene Nation destabilisiert. Dass aus dem hohen Ausländeranteil bei uns ethnische Verwerfungen wie in Exjugoslawien resultieren könnten, schreibt sich nur Rechtsaussen auf die Fahnen. Als in der grossen Stabsübung „Stabilo 07“ die Raumsicherung geübt wurde, musste für die Ausgangslage ein Szenario erfunden werden, wie es selbst in der Völkerwanderungszeit vor 1'500 Jahren jeglicher Realität entbehrte...

Aufgaben der Armee: Verteidigung, Unterstützung der zivilen Behörden und Friedensförderung.

a) Von 1948 bis 1995 ging die Schweizer Armee vom worst-case-Risiko des strategischen Überfalls aus. Da die Schweizer Armee nur durch die Bundesversammlung und nach der Wahl eines Oberbefehlshabers und Erteilung einer Vollmacht aufgeboden werden kann, musste die Mobilmachung des Massenheeres rasch geschehen. Das hatte zur Folge, dass **für Waffen, Fahrzeuge und Logistik eine Verfügbarkeit von gegen 100 Prozent verlangt** wurde. Das erforderte Tausende von Militärbeamten und einen Aufwand für Betrieb und Investitionen in Milliardenhöhe. Die Einsparungen von 5 bis 7 Milliarden Franken, die dank der Armeereformen 95 und 21 den Bundeshaushalt entlasteten, haben ihren Ursprung darin, dass nicht mehr Spitzenbelastungen den Takt angeben. Die viel genannten Mängel in der Logistik haben auch damit zu tun, dass im Militärdienst ein Service verlangt wird, wie wir ihn im zivilen Bereich niemals erwarten dürften.

Immer noch weist unsere Armee einen weit übersetzten Bestand auf. Wenn Finnland zum Beispiel seine Sicherheitsrisiken mit einer Armee von 29'300 Aktiven abdecken kann, ist nicht einzusehen, weshalb die Schweiz 140'000 Aktive braucht. Finnland ist in jeder Beziehung gut vergleichbar mit der Schweiz. Beide Länder kennen bei ähnlicher wehrpflichtiger Bevölkerung die allgemeine Wehrpflicht und nehmen sie ernst. Finnland gehört ebenfalls nicht zur Nato und erklärt sich als neutral.

b) **Unterstützung der zivilen Behörden** geschieht immer auf Gesuch hin und **subsidiär**. Wenn die verlangten Leistungen nicht im Fachbereich der eingesetzten Truppe liegen, bedauern die Kommandanten die verlorene Ausbildungszeit. Mannschaften empfinden aber das Skipistenstampfen am Lauberhorn meist als sinnvoller als das Trainieren der Panzerabwehr. Das ist Ausdruck der offenkundigen Sinnkrise. Bei terroristischen Akten werden Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gerufen und erst in einer späteren Phase kommen Zivilschutz oder Rettungstruppen der Armee zum Einsatz.

c) Bei den **Einsätzen im Ausland** unter UNO- oder OSZE-Mandat zusammen mit Streitkräften anderer Staaten leistet die Schweiz im internationalen Vergleich **eindeutig zu wenig**. Vergessen wird vielerorts, dass solche Einsätze auch dazu dienen, die Leistungsfähigkeit unserer Armee im Vergleich zu messen und dem Kader Gelegenheit zu geben, seine Führungsverantwortung in längeren Sequenzen zu üben. Zu Hause bleiben läuft letztlich auf eine geschützte Werkstatt hinaus.

Mängel des geltenden Dienstpflichtsystems

Die weltweit einzigartige schweizerische Militärdienstpflicht wird über eine doppelte zeitliche Verpflichtung gesteuert. Der Soldat ist vom 20. Altersjahr an für 10 Jahre dienstpflichtig und hat in diesem Zeitraum 145 Tage am Stück in der Rekrutenschule mit Anlern-Vorgesetzten und 115 Tage mit 6 dreiwöchigen Wiederholungskursen in der richtigen Armee mit ausgebildeten Kadern zu leisten. **Einsatzbereit sind Formationen also im Schnitt nur während drei von hundert Wochen**. Aber jeder Armeeingehörige hat seine persönliche Ausrüstung im Wert von etwa 5'000 Fr. zu Hause. Gegen 8'000 VBS-Angestellte mit einer Lohnsumme von rund 600 Millionen Franken im Jahr sind mit der Lagerung und dem Unterhalt von Waffen und Gerät sowie als Lehrer in der Ausbildung der Rekruten eingesetzt. Wie in den Behörden auf allen Stufen und in der Krankenpflege ist **die reine Miliz längst Geschichte**.

Das Bestandessoll wären 120'000 Aktive und 20'000 Rekruten in Ausbildung. Tatsächlich sind es aber 195'000 Aktive, wovon jeder Dritte den Dienst verschiebt und 93% der Armeeingehörigen mit ihren Dienstleistungen im Rückstand sind. Dagegen ist die Armee machtlos. Das Einrücken kann nicht erzwungen werden. Der Hauptgrund für **das Zunehmende „Ohne –mich“** liegt in der Unvereinbarkeit von den Zwängen des Arbeits- oder Studienplatzes mit den nicht mehr zeitgemässen Ansprüchen der Armee. Seit vielen Jahren fehlen zudem 200 bis 250 Leutnants pro Jahrgang. Das personelle Mengengerüst entspricht in keiner Weise den Vorstellungen der Armeepoliker. **Wenn alles Gesundbeten vergeblich ist, bleibt nichts anderes übrig, als der Realität in die Augen zu schauen.**

Fazit: Unsere Armee ist zu gross, zu teuer und ohne ersichtliche, zeitgemässe Strategie

- zu gross mit 195'000 Aktiven, die nur 3 von 100 Wochen einsatzbereit sind
- zu teuer, weil jeder Armeeingehörige voll ausgerüstet werden muss und vor allem weil die Schweiz noch immer eine rückwärtsorientierte Mechanisierung pflegt mit einem riesigen Fahrzeugpark (Doktrin des „heavy metal“). Darum entscheidet immer häufiger die Finanzpolitik über die Militärpolitik.
- Ohne zeitgemässe Strategie, weil sie noch immer auf Autarkie baut, mit dem Mauerfall das Feindbild verloren und in 20 Jahren kein neues Leitbild erstellen konnte.

Lösungsvorschlag des Referenten

Miliz bedeutet, dass man sich im zivilen Beruf, in der Armee und vielleicht auch noch in der Politik zu bewähren hat. An der Professionalität der Leistungen werden keinerlei Abstriche geduldet! Das Dilemma der Mehrfachverwendung lässt sich nur so lösen, dass die unterschiedlichen Ansprüche nicht zur gleichen Zeit, sondern nacheinander befriedigt werden. Die moderne Arbeitswelt mit der Forderung nach Mobilität und häufigen Anstellungs- und Berufswechseln käme dem entgegen.

Mehr Durchdiener heisst die Lösung aller Probleme! Ein Konzept mit dem Titel „Miliz XXI“, das H.U. Ernst im Auftrag des VBS verfasst hat, liegt dort in der Schublade. Es hält an der Wehrpflicht fest, präsentiert einen mit dem Ausland vergleichbaren Heeresbestand, passt das Milizprinzip der heutigen Arbeitswelt an, schafft eine risikotaugliche Bereitschaft, verkürzt die Dienstagepflicht, fügt diese besser in den zivilen Arbeits- und Studienplatz ein, minimiert die Probleme in der Logistik und beim Instruktionspersonal und spart gegen 400 Millionen Franken im Jahr.

Statements und Diskussionsbeiträge der Podiumsteilnehmer

Sie alle äusserten sich zuerst zur Frage des Moderators, Philippe Lévy, Vizepräsident der NHG-TS Schweiz:
„Wo sehen Sie Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz in den nächsten 10 bis 15 Jahren?“

Bruno Rösl (BR) *Chef Verteidigungs- und Rüstungspolitik in der Direktion für Sicherheitspolitik des VBS:*

„Das Umfeld der Schweiz bietet Chancen und Risiken. Aktuelle Bedrohungen sind Spionage, Terrorismus, wirtschaftliche Erpressung, Cyber-Kriminalismus, gewalttätiger Extremismus und allgemein Gewalt gegen Leib und Leben. Nicht jede Bedrohung ist zugleich ein Sicherheitsrisiko, eine militärische Aggression ist nicht dabei. Was uns in 10 Jahren bedrohen wird, ist noch offen. Der Klimawandel mit Naturkatastrophen als Folge könnte z.B. politische Probleme auslösen.“

Peter Hug (PH) *Fachsekretär der SP-Fraktion für Friedens-, Aussen- und Sicherheitspolitik:*

„Die von BR aufgezeigten Bedrohungen sind das Ergebnis einer internationalen „Verdichtung“. Sie sind nicht von der Armee, sondern von zivilen Kräften zu lösen. **Die zentralen Fragen der Verteidigungspolitik sind unscharf geworden und haben sich ausgeweitet.** Das Problem der Klimaflüchtlinge ist eine ernst zu nehmende Herausforderung, die aber von den zivilen Behörden zu lösen ist. Es gilt zu verhindern, dass Wirtschaftsprobleme sich zu zwischenstaatlichen Konflikten entwickeln und eventuell auf die Schweiz zurückwirken. Darum müssen unser Land und unsere Armee verstärkt im Ausland tätig werden.“

Toni Frisch (TF) *Stellvertretender Direktor DEZA, Chef des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe:*

„Wir in der Schweiz leben in einer komfortablen Lage. Wir haben kaum eine Vorstellung, welche Infrastrukturprobleme auftreten könnten, wenn z.B. der Strom für nur zwei Tage ausfallen würde, und wie marginal trotzdem solche Pannen im Vergleich zu Problemen in andern Ländern wären. **Das Thema der Klimaflüchtlinge kann und wird dasjenige der Migration und der Kampf um das Wasser den Streit um die Ölvorräte längerfristig überlagern.** Es ist dringend eine neue Risikobeurteilung nötig.“

Roman Schürmann (RS) *WOZ-Redaktor und Buchautor „Helvetische Jäger - Dramen und Skandale am Militärhimmel“:*

„Die von den Vorrednern aufgezählten Problemstellungen sind sämtliche von zivilen Institutionen zu lösen, können nicht Aufgabe der Armee sein. Vor allem die Aussagen von PH sind zu unterstreichen. Die grösste Bedrohung bringen die wirtschaftlichen Ungleichheiten auf der Welt. So wächst auch der Terrorismus auf diesem Boden.“

TF stimmt RS zu und fordert eindringlich, dass die Schweiz sich mehr im Ausland, das heisst vor allem in den ärmsten Ländern engagieren müsse. Er bedauert, dass die Schweiz nicht im Projekt „Atalanta“ in und um Somalia mitmacht. Weil weltweit die Anschläge auf zivile Helfer zunehmen (eine Verfünffachung in 10 Jahren!) könnte eine Teilnahme von Armeeangehörigen die Sicherheit fördern. Friedensförderung sei ja bereits heute eine Aufgabe der Armee!

Sicherheit und Entwicklung bedingen einander – das eine gibt es nicht ohne das andere.

PH staunt über die Aussagen der beiden Chefbeamten des Bundes, weil beide in ihren Statements das als nötig vertreten, was NICHT getan wird. Er beklagt, dass weniger als 1% des Militärbudgets für internationale Einsätze verwendet wird, obwohl das ein gesetzlicher Auftrag wäre. Im Weiteren verstärkt er, was H.U. Ernst in seinem Referat gesagt hat: dass unser Armeematerial den Phantasien aus dem 2. Weltkrieg genügen muss, dass von unseren 140'000 Soldaten jeweils kaum 5'000 Mann verfügbar sind.

BR nimmt auf die drei Aufgaben der Armee Bezug und findet, dass es ein grosser Mangel sei, dass der Bund kaum zentrale zivile Mittel habe, um die Sicherheit im Innern zu organisieren. Darum sieht er trotz Vorbehalten der andern Redner wie HU Ernst für die Armee Einsätze in der Katastrophenhilfe und in der Unterstützung der Polizei. Auch er findet, dass die Armee zu viel „heavy metal“ habe. Daran sei aber auch das Parlament schuld, das völlig unlogisch in der letzten Reform der Armee mehr Panzerbataillone aufgezwungen habe, als sie wollte! Das Modell der Milizarmee habe zur Folge, dass jede Reform extrem schwerfällig werde. Die Meinungen über die Rolle der Armee gingen ebenso weit auseinander wie über die Rolle der Schweiz in Europa.

2. Das Emotionale in der Politik

Einführungsreferat von Prof. Dr. Wolf Linder, Universität Bern

Emotion vor Ratio

Zur Emotion gehört stets ihr Gegenstück, die Ratio. Gefühl und Verstand sind nicht voneinander zu trennen.

Emotionalität ist das Primäre: „**Der Wunsch ist der Vater des Gedankens**“! Das gilt auch in der Politik. Für die politische Sozialisation ist oft ein Erlebnis, ein politisches Ereignis Auslöser (Ungarnaufstand 1956, 68-er Unruhen, Mauerfall 1989). Identifikationsfiguren führen vor allem Junge in die Politik.

Emotionen werden sichtbar eingesetzt auf Abstimmungsplakaten, zur Konkretisierung von etwas Abstraktem, und sie prägen parlamentarische Debatten und Fernsehdiskussionen (Arena!). Entgegen den Meinungen an Stammtischen werden Männern genauso wie Frauen emotional gesteuert. Man höre sich nur Parlamentsdebatten in den umliegenden Ländern an...

Politik ist fundamental emotional,

weil es dabei um Interessen und Werte (Weltanschauungen, Überzeugungen, Meinungen) geht, deren Handlungsalternativen im Konflikt zueinander stehen, sich teilweise ausschliessen. Erschwerend – oder verstärkend – kommt hinzu, dass verbindliche Entscheidungen für alle getroffen werden müssen. Einseitig emotionales Handeln erleben wir als einäugiges, selbstgerechtes und ineffektives Handeln. Politische Eliten machen gerne in Populismus, instrumentalisieren kollektive Emotionen, was bis zu innerer und äusserer Gewaltherrschaft führen kann.

Wie kommt die Ratio in die Politik?

- Konfliktregelung durch Institutionen und Verfahren (im Parlament z.B. Entscheidung durch Argumentieren und Mehrheitsfindung)
- Verrechtlichung der Politik (Gerichte akzeptieren nur „rechtlich“ relevante Gründe)
- Kultur des gesellschaftlichen Pluralismus, Trennung von Religion und Staat (Politik entscheidet nur über die vorletzten Dinge).

In einer „Mehrheitsdemokratie“ kann die Minderheit nur hoffen, dass auch ihre Anliegen berücksichtigt werden. In der vielparteilichen schweizerischen **Konsensdemokratie** muss immer ein gemeinsamer Weg gefunden werden. Man hört einander aber nur zu, wenn gegenseitiges Vertrauen herrscht, und das nimmt in letzter Zeit ab. Ein Konsens ist immer seltener zu finden. Das führt zu einem „Reformstau“ wichtiger Aufgaben.

Verhältnis von Emotion und Moral

Es ist eine geschichtliche Erfahrung, dass die Moral (wie die Religion) stark an Emotionen gebunden ist. Die Frage stellt sich, ob moralisches Handeln in der Politik auch rational gesteuert werden kann. Eine Antwort gibt Max Weber:

- Gesinnungsethik, d.h. eine Übereinstimmung des Handelns mit den Werten des „Guten“, ist in der Politik nur begrenzt sinnvoll, weil meist viele Faktoren berücksichtigt werden müssen.
- **Verantwortungsethisches Handeln** hingegen, d.h. die Orientierung an „guten Folgen“, das wäre die Aufgabe eines Politikers.

Verhältnis von Emotionen und Ratio in der Politik von heute

Positiv wirkt sich aus, dass der Einfluss von Partei-Ideologien (mit Ausnahmen!) abnimmt, dass vermehrt eine von der Aufklärung bestimmte Verwissenschaftlichung die Politik steuert. Zudem bringt die Globalisierung neue Freiheiten und wirtschaftlichen Wohlstand.

Negativ wirkt sich aus, dass immer mehr Politiker als Ich-AG agieren. Zusätzlich erleben wir eine stärkere mediale Manipulation. Auch heute noch, und dessen sind wir uns zu wenig bewusst, wirken sich schichtspezifische Differenzen negativ aus (Stadt-Land z.B.) - man versteht sich nicht mehr. Aussenpolitisch schüren die Zuwanderung und der „Heilige Krieg“ zwischen der ersten und der dritten Welt zum Teil heftige Emotionen.

Fazit: Das Emotionale hat gegenüber der Ratio in den letzten Jahren zugenommen. Es braucht beides in der Politik, aber in einer guten Balance: „**Vernünftiges Handeln verlangt die Balance zwischen Engagement und Distanzierung**“ (Norbert Elias).

Die Lage der Nation

Referat über den Zustand der Schweiz von Roger de Weck, Publizist, Berlin und Zürich

Die Schweiz schlüpft gegenwärtig gut durch die wirtschaftliche Krise, aber die drei Säulen, auf denen unser Land basiert, sind am Bröckeln:

- 1 **Der Finanzplatz**, insbesondere das Bankgeheimnis, ist international gewaltig unter Druck. Wer heute immer noch auf der Betreuung von Steuerflüchtlingen basieren will, verstärkt die Probleme.
- 2 **Die Konkordanz** scheint auseinander zu fallen (es geht eine geschichtliche Phase zu Ende, die 1959 mit der Zauberformel begonnen hat). Der Druck von aussen fehlt, wir sind von lauter Freunden umgeben, und uns geht es wirtschaftlich gut.
- 3 **Die Aussenbeziehungen** zu unseren wichtigsten Partnern sind gestört (Steuer- und Bankenstreit mit den USA, Deutschland, Frankreich und Probleme mit der Islamischen Welt)

Wenn diese Ausgangslage nicht ändert, werden die Schwierigkeiten zunehmen. Viele Bilder, die sich unser Land z.B. von der EU macht, haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Die Schweiz kann sich ihren Autismus nicht mehr leisten.

Zunahme des Populismus

Unser Land hat die stärkste populistische Partei Europas! Diese kann zudem pro Bürger so viel Geld locker machen wie keine andere Gruppierung. Die Zunahme des Populismus – in ganz Europa – hat mit dem Mauerfall zu tun. Der „gestaute“ Nationalismus stiess in die ideologische Lücke vor, die der Zusammenbruch der Sowjetmacht hinterlassen hat. Wo die EU frühzeitig Einfluss nehmen konnte, hielt sich der Schaden in Grenzen. Eigentlich ist ein „Wunder der Weltgeschichte“ geschehen: In Europa hat sich eine durchgreifende Systemänderung ereignet, ohne dass es zu einem Krieg gekommen ist!

Im Westen ist der Kapitalismus konkurrenzlos geworden. Er wurde dadurch härter, brutaler und rücksichtsloser. Die Populisten gewinnen dabei, denn sie betreuen die Verlierer und trösten sie mit (Ultra)Nationalismus.

Die Medien springen ebenfalls auf diesen Zug auf. Es gibt mehr populistische Journalisten als Politiker! Ihre Mittel:

- sie bewirtschaften die Ängste der Leute
- sie betreiben eine durchgehende Personalisierung der Politik
- ganz allgemein findet eine Emotionalisierung statt, die einzelnen Ereignisse werden dramatisiert

Die Stilmittel des Boulevard-Journalismus entsprechen genau der Politik der Populisten.

Emotionen in der Politik

Die Emotionalisierung wurde zu einem „Gesetz“ der Politik. Beispiel: Die Fremdenfeindlichkeit ist fast schon salonfähig geworden. Wer auf Emotionen setzt, betreibt aber eine nihilistische Politik, und die ist in der Schweiz auf dem Vormarsch:

- Der Bundesrat steht seit langem unter scharfer, oft ungerechtfertigter Kritik
- Das Parlament wird als „classe politique“ lächerlich gemacht
- Gerichte und ihre Entscheidungen werden auf allen Stufen kritisiert (Infragestellung der Gewaltentrennung)
- Die SRG soll zerschlagen werden und ihr Monopol verlieren

Und die Reaktion der Mitteparteien auf diese Diffamierung unserer demokratischen Institutionen? Sie blieb aus - ihre Appeasement-Politik ist gescheitert, und die SVP radikalisiert weiter. Sie beherrscht das Feld und gibt die Themen vor.

Beziehungen zur EU

Unser Weg des Bilateralismus führt in die Sackgasse. Die Schweiz führt eine Beziehung zur EU in Abhängigkeit ohne Mitgestaltung. Der vielzitierte „autonome Nachvollzug“ ist gescheitert, wir ziehen „automatisch“ nach. Wer sich heute noch der Beitrittsdebatte verweigert, verweigert sich den Erkenntnissen der Aufklärung!

Als „opting-out“ müssten wir zwei Bedingungen in die Verhandlungen einbringen:

- Der Schweizer Franken bleibt Landeswährung
- Der Alpen transit als Sonderfall bleibt unseren Massnahmen unterstellt

Fazit

Wir leben im Zeitalter der Show: Die verpönt jede Sachlichkeit und lebt vom Tempo, sie will keine Vertiefung.

Zum ersten Mal ist die stärkste Partei der Schweiz nicht an Lösungen interessiert. Die nationale Politik, das heisst die Mitteparteien und die SP, müsste JETZT klar Stellung beziehen und sagen „**bis hierher und nicht weiter**“.

Disput der Referenten

Wolf Linder (WL) ist es wichtig, dass wir die SVP nicht nur als populistische Partei sehen. Er findet, dass sie echte Probleme zur Sprache bringt, die im politischen Alltag zu wenig Beachtung finden.

Roger de Weck (RdW) hält dagegen: Wer wirklich Ängste im Volk auffangen will, muss für eine Öffnung der Schweiz eintreten. Wer behauptet, der Nationalismus biete Schutz, schadet dem Land und schürt Illusionen. Die SVP will die Sorgen der Leute nicht bekämpfen, sondern vermehren. Als Beispiel führt er Ex-Bundesrat Blocher an: der könne den Spagat, er verdiene gut an der Globalisierung, lebe aber politisch von deren Verlierer.

WL stimmt zu, dass **der bilaterale Weg eine Sackgasse** ist. Die Vorteile gingen verloren. Der logische Weg wäre der **Beitritt zur EU**. Das geht aber nicht, ohne dass die Mehrheit zustimmt – und das ist für ihn zurzeit undenkbar. Wie man der Bevölkerung den Beitritt schmackhaft machen kann, wenn dabei Abstriche an unserer direkten Demokratie nötig sind, sieht er nicht.

RdW findet, dass in fünf Jahren die Probleme die gleichen und noch grösser sein werden, darum muss jetzt die Debatte geführt werden, um neue Argumente, neue Wege zu finden. Wir hatten noch nie in unserer Geschichte einen so guten Nachbarn wie die EU, wir profitieren wirtschaftlich im grossen Stil – und trotzdem findet seit 20 Jahren ein „EU-Bashing“ statt. Die Mehrheit im Land kann sich kein echtes Bild machen, weil wir über den EU-Beitritt eine fehlgeleitete Diskussion (wenn überhaupt) führen.

WL stellt fest: **Die Ablehnung der EU ist zutiefst emotional** und fragt: Wie können wir dem begegnen? Unsere Politik geht nun mal von unten nach oben – aber die Regierung darf sich niemals für Volksentscheide entschuldigen, wie nach der Abstimmung über die Minarette!

RdW erlebt, wie sich FDP, CVP, leider auch Teile der SP und die Grünen den Emotionen beugen und sich nicht den aktuellen Herausforderungen stellen. Es ist aber notwendig, der laufenden konservativen Revolution entgegen zu halten. Die direkte Demokratie ist ein ständiger Lernprozess und keine Mythologie! Er nimmt ein neues Thema auf und hält fest, dass sich die direkte Demokratie seit 1874 gut entwickelt hat. Jetzt aber gerät sie auf Irrwege, weil vermehrt **Initiativen mit völkerrechtswidrigem Inhalt** zur Abstimmung kommen.

WL ist nicht gleicher Meinung: Die vielzitierte Völkerrechtswidrigkeit sei Ansichtssache. Die Fehler sind im Parlament geschehen, weil dort keine Gegenvorschläge formuliert worden sind.

RdW protestiert: Alle massgebenden Fachleute seien seiner Meinung, was die Verstösse gegen das Völkerrecht angeht. Er schliesst mit einem kleinen geschichtlichen Exkurs:

Als die liberale Revolution 1848 in der Schweiz siegte, war unser Land das Zentrum des politischen Fortschritts. In allen Ländern ringsum wurde diese demokratische Entwicklung noch abgelehnt. **Wir leben jetzt aber am Anfang des 21. Jahrhunderts noch immer mit den alten Institutionen**. Diese genügen den neuen Anforderungen nicht mehr. In der Globalisierung werden diejenigen Länder, die wie die Schweiz eine Isolation anstreben, nur Verlierer sein.

3. Statt Land Stadtland Schweiz

Trotz aller Warnungen verbauen wir in der Schweiz seit Jahrzehnten einen Quadratmeter Land pro Minute – die Zersiedlung schreitet voran. Gibt es ein Rezept, um diese Entwicklung zu stoppen?

Die „**Landschaftsinitiative**“ (Eidg. Volksinitiative „Raum für Mensch und Natur“ unter www.landschaftsinitiative.ch) stellt konkrete Ideen zur Diskussion. Dagegen macht der Bundesrat mit einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes einen indirekten Gegenvorschlag. Die öffentliche Diskussion über die künftige Raumplanung in der Schweiz ist also lanciert.

Der Stadtwanderer Bendicht Loderer – bekannt als einer, der in Sachen Raumplanung kein Blatt vor den Mund nimmt – führt in das Thema ein:

Zersiedelung – ein ästhetisches Problem?

Aufbruch

Glaube ich dem Thema der Veranstaltungsreihe der NHG Bern, dann soll ich „Aufbruch“ verkünden. Das tue ich gern. Fürs Gewerbe und die Industrie ist Aufbruch immer gut. Aufbruch heisst doch hierzulande: Mehr als letztes Jahr. Noch Fragen? Ach so – Aufbruch anders herum? Sie wollen mit etwas brechen, etwas Gewohntes zerbrechen gar? Wohin denn aufbrechen? Was denn ändern?

Wir wissen nicht wohin, trotzdem wissen wir: weiter so. Wenn wir von Aufbruch schwatzen, meinen wir nie das Neue, immer geht es bloss um mehr, mehr vom Gehabten. **Aufbruch in der Schweiz meint nie Veränderung, immer nur Steigerung.** Aufbruch ist die Verschleierung unseres nie ausgesprochenen, aber insgeheim längst feststehenden Staatsziels: Wir sind reich und wollen reich bleiben und noch reicher werden.

Land oder Landschaft?

Ich muss ein Geständnis machen: Ich halte die ganze Empörung über die Zersiedelung für Lippenbekenntnisse. Einfache Frage: Wie viele Quadratmeter Wohnraum beanspruchen Sie pro Kopf? Ich etwa 90 und liege damit weit über dem Durchschnitt von rund 50. Vor einer Generation waren es noch 30. Diese Differenz entspricht ziemlich genau der Zersiedelung.

Worauf will ich hinaus mit meinen kernigen Sätzen? Auf den fundamentalen Unterschied zwischen Produktion und Konsum. Als noch 85% der Schweizer von der Landwirtschaft lebten, übrigens kärglich und von Hunger bedroht, da war es klar: **Der Bauer braucht Land, keine Landschaft.** Das Land war neben seiner Arbeitskraft das entscheidende Produktionsmittel. Darum hat er zum Land Sorge getragen, hat zum Beispiel seine Siedlung auf das Minimum reduziert, weil ihn das Land reute, das er nicht bebauen konnte. Ob Streusiedlung, ob Haufendorf, nie hat er Land vergeudet, dafür war es zu wertvoll.

Wer heute auf dem Lande lebt, braucht wenig Land, will aber viel Landschaft. **Die Landschaft ist zum Genussmittel geworden**, zur Droge des Mittelstandes. Ein herrenloses Gut, eines das uns allen gehört, obwohl der Zugang dazu noch sehr undemokratisch organisiert ist. Das Land hingegen, die wenigen hundert Quadratmeter fürs Hüsli, die werden konsumiert. Die Leute, die heute auf dem Land und nicht vom Land leben, sind Konsumenten, Landkonsumenten. Wie wir alle wissen, zerstört der Konsum das, was er konsumiert. Das Produktionsmittel wird zum Konsumgut. Dieser Übergang ist die Zersiedelung. Zusammenfassend: **Zersiedelung ist Konsum.** Ist das Land kein Produktionsmittel mehr, tritt an Stelle der Arbeit der Genuss.

Naturgenuss ist nach dem Alkoholismus die am weitesten verbreitete Volkskrankheit in der Schweiz.

Wenn man das verstanden hat, dann ist die Zersiedelung keine moralische Frage mehr. Das glauben nur die Naturschützer der alten Sorte. Die Unberührtheit der Natur, namentlich der Berge, die wie wir wissen heilig sind, ist längst durch Massenvergewaltigung aufgerieben worden. Heute muss man den Grundwiderspruch unserer Naturseligkeit anerkennen: **Die Verehrung führt zur Verheerung.** Wer die Natur wirklich bewahren will, muss sie in Ruhe lassen. **Der Stubenhocker ist der beste Naturschützer!** Im Umkehrschluss heisst das: wer es mit dem Naturschutz ernst meint, stellt als Erstes die Bergbahnen und Skilifte ab. Der Tourismus ist reiner Konsumismus, das Kaufen von Naturgenuss, das Ausleben der Volksseuche.

Konsum

Wer verstanden hat, dass der Konsum das Subjekt der Geschichte ist, der hat mit dem Prozess der Zersiedelung keine Mühe. Es geht um das Einkassieren des Mehrwertes, pardon, um die Realisierung von Chancen. Ein Stück Land, das nicht in der Bauzone liegt, ist für den Konsum wertlos. Nur eingezontes Land ist wirklich konsumfähig. Alles Land gehört in die Bauzone, erst dann ist der Konsum wirklich frei! Darum muss man unter anderem darauf hinarbeiten, dass das bäuerliche Bodenrecht zuerst durchlöchert und später abgeschafft wird. Da der Konsum wie erwähnt Subjekt der Geschichte ist, diktiert er seine Regeln:

Die erste lautet: **Wachstum ist nötig**. Darüber sind wir uns stillschweigend einig. Denn ohne Wachstum verfehlen wir das unausgesprochene Staatsziel: Wir wollen reich bleiben und reicher werden. Wer kann da noch gegen die Zersiedelung sein? Wir sind es nur aus ästhetischen Gründen und immer nur auf dem Land des Nachbarn.

Als zweite Hauptregel gilt: **Es gibt soviel Zersiedelung in der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wie Geld dafür vorhanden ist**. Anders herum: man kann nicht gleichzeitig das Wachstum fördern und die Zersiedelung hindern.

Zwei Wege

Doch vielleicht ist es der Neuen Helvetischen Gesellschaft mit dem Aufbruch ernst. Sie haben zwei Wege:

1. Sie nehmen **Abschied vom Wachstum** und von der Staatsmaxime reicher zu werden. Ein Aufbruch, der gegen Treu und Glauben ist, denn hierzulande gilt unerschütterlich die Bestandesgarantie.

2. Sie schränken den Landverbrauch mit wirklich radikalen Massnahmen ein:

- Das **Baugebiet wird geschlossen**. Mehr als heute darf nirgends mehr überbaut werden, Einzonung hin oder her.
- Die **Verdichtung wird verordnet**. Dort nämlich, wo noch viel Platz ist, in den Villen- und Einfamilienhauszonen. An allen Goldküsten des Landes hat es noch Platz für mindestens doppelt so viele Leute.
- Sie führen die **Kostenwahrheit** ein. Am besten beginnen Sie mit dem Verkehr, dem individuellen wie dem öffentlichen. Und verrechnen Sie bitte auch die Folgekosten.

Statements der Diskussionsteilnehmer/innen

Frau Dr. Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung

Haben wir noch genügend Lebensraum für die unterschiedlichsten Bedürfnisse in der Schweiz, Bedürfnisse der Hauseigentümer, der Landwirtschaft, von Kindern, Pendlern oder auch Touristen? Auf diese und ähnliche Fragen kann die Raumentwicklung keine klare Antwort geben. Das Bundesamt für Raumentwicklung kann aber Anstösse geben zum Umgang mit der Ressource Boden. Es will Instrumente liefern für eine bessere Bewirtschaftung mit folgender Neuausrichtung:

- **Klare Trennung** von Bauzonen und Nicht-Bauzonen. Tatsache ist es, dass es in der Schweiz mehr als genügend Bauzonen gibt, leider befinden sie sich oft am falschen Ort!
- **Klare Inhalte** für die Richtplanung der Kantone. Wie gross darf z.B. die Siedlungsfläche sein, wie kann sie verteilt und wie die Besiedlung gesteuert werden?
- **Vorgaben** des Bundes für Einzonungen mit neuen Kriterien, Ausscheidung von fruchtbaren Böden für die Landwirtschaft und unverbaubarer „Landschaft“.
- **Sanktionen**, wenn die Richtpläne der Kantone nicht bis in 5 Jahren angepasst werden.

Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz

Auslöser für die „**Landschafts-Initiative**“ seiner Stiftung war 2006 der Fall Galmiz: die Einzonung von Industrieland mitten im besten Landwirtschaftsland um eine amerikanische Firma anzulocken.

Es ist aber keine „Galmiz-Initiative“, das **Malaise in der Raumplanung** betrifft die ganze Schweiz. So werden zurzeit überall in der Agglomeration Raumplanungs-Vorlagen vom Volk abgelehnt.

In der Schweiz ist drei- bis viermal mehr Bauland eingezont, als nötig wäre. Das heutige politische Regime führt zudem zu Ungleichbehandlungen: der Bund genehmigt die Richtpläne der Kantone praktisch ohne Korrekturen. Darum weist zum Beispiel das Wallis heute eingezontes Bauland aus im Umfang von 58% des Siedlungsgebietes, der Kanton Bern hingegen nur 12%. Würde ein „Moratorium“ eingeführt, belohnte das die ausschweifenden Kantone. Die „Landschafts-Initiative“ will **nicht nur Einzonungen stoppen, sondern auch rückgängig machen**. Vorbild für die künftige Bodenpolitik könnte das geltende Rodungsgesetz sein: soviel wie gerodet wird, muss andernorts wieder angepflanzt werden.

Werner Luginbühl, Ständerat und ehemaliger Regierungsrat des Kantons Bern

Als Folge seiner jahrelangen Erfahrung als Gemeindepräsident, Regierungsrat mit dem Ressort Raumplanung und jetzt im Bundesparlament hat er seine **Meinung geändert**: Früher war er der Überzeugung, jedermann solle Bauland erwerben und ein Eigenheim realisieren können. Heute findet er es nötig, dass Gemeinden und Kantone Instrumente erhalten, die es ihnen ermöglichen, eine Verdichtung zu erzwingen und das Bauen auf der „Grünen Wiese“ zu verbieten. Deshalb ist er nicht unglücklich über die Initiative, diese verlange eine Veränderung, über die schon lange geredet werde. Er unterstützt sie aber nicht, weil er die von Frau Lezzi skizzierte **Neuausrichtung des Bundes** als indirekten Gegenvorschlag sieht und er dieses moderatere Vorgehen für **richtig** hält.

Blitzlichter aus der Diskussion

Rodewald: Weshalb es sich lohnt, gegen die Zersiedelung anzutreten und die Initiative zu unterstützen:

Die Welt wird mit jedem Tag öder und gleichförmiger, die Ressource Boden muss unbedingt besser geschont werden. Die Landwirtschaft leidet ebenfalls unter dem heutigen Zustand. „Den Bauern wird der Boden unter den Füßen weggezogen“. Dass auch die Vielfalt der Pflanzen und Tiere abnimmt, ist allseits bekannt. RR wünscht sich eine Stärkung des Bundes, damit er mit „**Zuckerbrot und Peitsche**“ in den Kantonen wirken kann. Er bedauert, dass es kein Verbandsbeschwerderecht für die Raumplanung gibt. Wir haben eine Minorität, die Hauseigentümer, die ihre Interessen an Volksabstimmungen stets durchbringt.

Loderer: Die Schweiz wird von Talfürsten und Dorfkönigen regiert. Nur mit der Initiative kann dieser **Föderalismus zerschlagen** und eine Bewegung nach vorn eingeleitet werden.

Im geltenden Raumplanungsgesetz steht das Wort **Verkehr** nirgends! Das kann ja kein Zufall sein. Die Schweiz ist auf den „way of life“ von Los Angeles eingespart. Hier gilt es Gegensteuer zu geben.

Luginbühl: In diesem Punkt geht er mit Loderer einig. Die Verkehrsplanung hat eine grössere Wirkung als die Raumplanung. Die Angebote für den Verkehr werden genutzt: der neue BLS-Tunnel ins Wallis z.B. hat bereits jetzt augenfällige Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung und die Pendlerströme.

Seine Maxime: **Es gibt keine Alternative für eine bessere Planung als die Kostenwahrheit!**

Loderer: Man hat das Land aufgeteilt in die **Schönschweiz** (Landschaft, Berge) und die **Verbrauchsschweiz** (70% der Fläche). Das ist praktisch und funktional. Das Argument mit der Ästhetik funktioniert nicht, auch er ist überzeugt, dass nur über Kostenwahrheit in der Schweiz eine Änderung möglich wird.

Zuhörer aus dem Publikum: Er stimmt Loderer zu, die einzige Möglichkeit, die Zersiedelung zu stoppen, läuft über das Geld. Wir haben in der Schweiz eine sehr teure Entwicklung, die wir uns eigentlich nicht mehr leisten können. Erste Ansätze zur Besserung sind in den Städten zu sehen: sie fangen an, sich auf Basisaufgaben der Siedlungsentwicklung zu konzentrieren.

Schlusswort Loderer: Er glaubt nicht, dass die Schweizer unter der Zersiedelung leiden. Alle finden doch unser Land schön, das ist die Realität!

4. Macht uns die Krise unglücklich?

Die Schweiz ist in den Strudel der weltweiten Wirtschaftskrise geraten. Theoretisch müssten wir als Folge davon unglücklicher werden. Was sagt die Glücksforschung dazu?

Die Tretmühlen des Glücks

Einführungsreferat von Prof. Dr. Matthias Binswanger

„Die Krise ist zum Glück vorbei – können wir jetzt wieder glücklich sein?“ (M. Binswanger)

Das alte Sprichwort „**Geld allein macht nicht glücklich**“, hat einen wahren Kern. Mit Geld kann man nicht alles kaufen:

Kaufen kann man	ein Bett	aber keinen Schlaf
	viele Bücher	aber keinen Verstand
	Medikamente	aber keine Gesundheit

Umfragen in den USA haben gezeigt, dass die Amish People, die im Kontext des 19. Jahrhunderts leben, genau so glücklich sind, wie die 10% der reichsten Amerikaner. Es braucht neben Geld z.B. auch die Verfügbarkeit über die Zeit.

Frage: Sind die Reichen glücklicher als Arme im gleichen Land?

Im Prinzip ja – in einer Untersuchung von 1994 in den USA geben 21% der Befragten mit einem Einkommen unter 20'000\$ an, sie seien sehr glücklich. Wenn das Einkommen über 75'000\$ beträgt, sind es hingegen 44%. Auffallend an den Ergebnissen dieser Untersuchung ist, dass sowohl die positiven wie die negativen Nennungen bei hohen und tiefen Einkommen deutlich ansteigen/sinken, während im Mittelfeld der Skala (30'000 – 50'000\$), bei der grossen Mehrheit also, die Kurven flach bleiben. Die Menschen denken immer relativ, das heisst, sie vergleichen sich mit links und rechts. Wenn alle Einkommen in einem Land steigen, ist das ein Nullsummenspiel, es ändert sich nichts am Glücksempfinden der Bewohner.

Frage: Sind Menschen in reichen Ländern glücklicher als Leute in armen Ländern?

Im Prinzip nein. Das durchschnittliche Glücksempfinden bzw. die Zufriedenheit der Menschen in entwickelten Ländern nimmt schon lange nicht mehr generell zu, obwohl die Einkommen sich mit dem Wirtschaftswachstum stets weiter erhöhen. Aus diesem Grunde macht es wenig Sinn, wenn die Politik sich ausschliesslich am Ziel des Wachstums orientiert. Oft überlagern zudem andere Kriterien das Monetäre: In den Ostblockländern gilt zum Beispiel eine „Ostblockmelancholie“, eine politische Frustration, die alle Umfragewerte dämpft. Oder in afrikanischen Ländern ist es der Einfluss des Klimas, der „Glücksstatistiken“ mit beeinflusst.

Merke: Das Einkommen ist nur ein Aspekt für das Wohlbefinden. Das Glück des Menschen ist nicht messbar, man kann sich ihm nur durch Umfragen annähern – wobei sich zeigt, dass die meisten Leute einen höheren Glückswert angeben, als er eigentlich für sie zutrifft. In der Schweiz z.B. sind 43% sehr zufrieden mit ihrem Lebensstandart...

Frage: Warum rennen die Menschen stets einem höheren Einkommen hinterher, obwohl mehr Einkommen nicht unbedingt glücklicher macht und sie eigentlich lieber weniger Stress und mehr Zeit hätten?

Antwort: Es gelten die folgenden 4 Tretmühleneffekte:

(Das Buch zum Thema: „Tretmühlen des Glücks“, M. Binswanger, 3. Auflage 2008, Herder Verlag)

Statustretmühle

Die Menschen vergleichen sich ständig mit anderen für sie relevanten Personen, und ihr Glück hängt grossenteils vom Resultat dieses Vergleichs ab. Es ist aber unmöglich, dass alle besser als der Durchschnitt sind. Die Suche nach Status führt insgesamt zu einem Nullsummenspiel.

Anspruchstretmühle

Die Ansprüche der Menschen steigen mit höherem Einkommen. Die steigenden Ansprüche führen dazu, dass die Freude über mehr Einkommen und mehr Besitz an materiellen Gütern nicht lange anhält. Ein höheres Einkommensniveau wird nach kurzer Zeit als normal empfunden.

Multioptionstretmühle

Mit dem Wirtschaftswachstum ist eine immer grössere Vielfalt an Gütern und Dienstleistungen verbunden. Gleichzeitig sind traditionelle Tabus weggefallen, welche das menschliche Handeln beschränkten. Die Optionen für Arbeit, Freizeit und Konsum nehmen ständig zu und "anything goes". Aber der Entscheid für die richtige Option wird dadurch immer schwieriger, da die stets steigende Zahl an Optionen auf ein konstantes Zeitbudget trifft. Die Auswahl wird von einem Dürfen zu einem Müssen.

Zeitspartretmühle

Technischer Fortschritt führt dazu, dass wir bestimmte Aktivitäten immer schneller und in kürzerer Zeit durchführen können. Aber trotzdem gelingt es uns im Allgemeinen nicht, tatsächlich Zeit zu sparen, denn es kommt zu einem so genannten „Rebound Effekt“. Je schneller eine Aktivität durchgeführt werden kann, umso mehr wird sie durchgeführt. Je schneller die Transportmittel werden, umso weiter und häufiger fahren wir.

10 Strategien, um den Tretmühlen zu entgehen

1. Wahl des richtigen Teiches! Es stellt sich die Frage: Will ich ein grosser Frosch in einem kleinen Teich oder ein kleiner Frosch in einem grossen Teich sein – „**better a local hero than a global loser**“?
2. Attraktives Sozialleben statt Anhäufung materieller Güter.
3. Nicht immer nach dem Besten suchen.
4. Vermeidung von stressigen Formen des Familienlebens.
5. Nutzung der Potenziale für zeitliche räumliche Flexibilisierung.
6. Eine Verherrlichung von Effizienz, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Reformen.
7. Einführung von verpflichtenden Beschränkungen.
8. Kampf der Ranking Manie.
9. Beschränkung der Spitzensaläre statt mehr staatlicher Umverteilung.
10. Förderung der Lebenskunst.

„Ökonomie ist die Kunst, das Beste aus unserem Leben zu machen“
(George Bernhard Shaw)

Wie können wir die Glückstheorien in politische Handlungsanweisungen umsetzen?

Ergänzungen von Bastien Girod, Nationalrat der Grünen

Grundsätze:

1. Wir sollten nicht nur das Glück der Welt erhöhen, sondern – das ist noch wichtiger – das Unglück reduzieren.
2. Die Politik kann keine Instrumente liefern, sie kann nur Rahmenbedingungen schaffen. Und das muss sie!

Green Change

„Die 2000er waren wirklich Nullerjahre. Die neoliberale Globalisierung geriet ins Stocken, nicht unberechtigt, denn sie hat viele kulturelle, soziale und ökologische Werte beschädigt. Das löste Widerstände aus. Gescheiterte WTO-Verhandlungen, verstärkte nationale Kräfte und religiöser Extremismus sind auch Reaktionen auf eine überstürzte Globalisierung. Ihre Förderer trieben sie nach dem Laisser-faire-Prinzip voran und wollten mit ihr vor allem Handelsschranken abbauen. Am Ende dieser Entwicklung stand die Finanzkrise.“

Der vom französischen Präsidenten ernannte Wissenschaftsrat um den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat erkannt, wie entscheidend es ist, dass wir bei der Beurteilung unserer Wohlfahrt endlich aufhören, das Bruttoinlandprodukt als zentrales Kriterium anzuwenden. Stattdessen gehört **das Wohlbefinden der Menschen stärker ins Zentrum**. Was das für die Politik der Schweiz bedeutet, ist zentrales Thema meines Buches mit dem Titel „Green Change“, das im April in die Buchhandlungen kommt (Zytglogge-Verlag, Bern).“ (B.Girod in seiner Buchempfehlung)

Schwerpunkte aus der Diskussion

mit Prof. M. Binswanger, NR B. Girod und Chef beco A. Studer

Frage: Messen wir mit dem BIP (Brutto-Inland-Produkt) die richtigen Parameter oder müssten für das Wohlergehen der Bevölkerung andere Kriterien einbezogen werden?

Studer: Zuerst wäre zu klären, ob es um das individuelle Glücklichein oder um das Glück einer Gesellschaft geht. Der Staat, die Politik können kaum auf das individuelle Glück Einfluss nehmen, sie können nur den ungefähren Rahmen festlegen. Es wären aber in der Tat neue Vergleichsgrößen nötig, an denen man die Entwicklung misst, so z.B. die Wohnqualität (inkl. Lärmbelastung). Wie das Glücksempfinden eingeplant und gemessen werden könnte, ist aber nicht klar.

Binswanger: „Glücklichsein“ liegt zu 50% in der Persönlichkeit, die anderen 50% sind vom Moment abhängig (was ich gerade mache, wie ich mich im Leben eingerichtet habe). **Glück ist immer etwas Individuelles!**

Was kann die Politik tun? Im positiven Sinne nichts – sie soll aber die Parameter so setzen, dass der Einzelne seine individuelle Freiheit leben kann.

Girod: Durch demokratische Entscheide werden Massnahmen zur Glückssteigerung getroffen (z.B. gegen die Arbeitslosigkeit), die marktwirtschaftlich so stark nicht nötig wären. Das soziale Dilemma: Meist wird an Abstimmungen aus der individuellen Optik entschieden, das fördert aber das Nullsummenspiel, wenn alle so entscheiden.

Der Staat soll wirtschaftliche Stabilität anstreben und nicht eine maximale Steigerung des BIP.

Frage: Würde eine andere Gewichtung der Indikatoren z.B. ein anderes Rating für den Kanton Bern ergeben?

Studer: Ja, bei Umfragen wird unser Kanton als „sympathisch“ eingestuft und weit oben auf die emotionale Rangliste gesetzt.

Binswanger: Die Ratingmentalität muss sofort gestoppt werden! Der Staat soll aufhören, Ranglisten zu erstellen, das ist ein Druckmittel wie Zuckerbrot und Peitsche. Glücksumfragen dagegen können Hinweise geben, wo reines Wachstums- und Wirtschaftsdenken sich ändern muss, wo verstärkt auf Wohlbefinden gesetzt werden soll.

Girod: Es gilt, vermehrt auch die Emotionen einzubeziehen.

Binswanger: Achtung – die Menschen handeln oft nicht rational, so z.B. im Umgang mit Geld. Ein Aufschlag von 10 Rappen fürs Café-Creme stört sie mehr als ein Verlust von 1000 Franken an der Börse! Es ist auch wichtig, wie man bezahlt: Bar schmerzt viel mehr als das Lastschriftverfahren.

Und zum Schluss ein paar **Merksätze aus der Diskussion mit dem Publikum:**

- Umfragen zeigen keine Unterschiede im Glücksgefühl zwischen Mann und Frau.
- Kinder machen nicht glücklicher – erst im Rückblick auf das eigene Leben.
- **Wer vor allem das Glücklichein anstrebt, wird nicht sehr glücklich.**

Zusammenfassung: Urs Graf, NHG/RS Bern